

akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

03|2021



Das Kapital hat den Krieg um das Wasser eröffnet. Weltweit regt sich Widerstand. In diesem Kampferangen die Berliner weltweite Anerkennung. Siehe dazu Seite 4 und 5.

Foto: Wecker

Nobelpreis für kubanische Ärzte

Vorschlag von Abgeordneten der Linkspartei

3 700 kubanische Mediziner sind bis zum Herbst vergangenen Jahres unterwegs gewesen, um 39 Länder im Kampf gegen die Coronapandemie zu unterstützen. Dazu gehörte auch Italien, wo eine der 16 Brigaden Retter in höchster Not war. In den 15 Jahren haben die Ärzte der Henry-Reeve-Brigaden etwa vier Millionen Patienten behandelt und 90 000 Menschen das Leben gerettet. Zwölf Bundestagsabgeordnete der Linkspartei haben deshalb dem Nobelpreiskomitee vorgeschlagen, die nach dem Freiheitskämpfer Henry Reeve benannte kubanische Ärztebrigade mit dem Nobelpreis auszuzeichnen. Dieser von Zaklin Nastic, Doris Achelwilm, Diether Dehm, Sylvia Gabelmann, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Achim Kess-

ler, Alexander S. Neu, Eva-Maria Schreiber, Friedrich Straetmanns, Andreas Wagner und Harald Weinberg eingebrachte Vorschlag wird von der GBM begrüßt.

Diese medizinische Hilfe leistet ein Land, das seit seiner Geburtsstunde von den mächtigen USA bekämpft wird, weil es, statt unterwürfig wieder die Cowboystiefel des angemaßten Weltpolizisten zu lecken, einen eigenständigen sozialistischen Kurs verfolgt. Sein Weg ist so erfolgreich, daß dieses kleine Volk heute in der Lage ist, eigene Impfstoffe gegen Corona zu entwickeln und anderen Völkern zu helfen. Diese Leistung ist um so höher zu schätzen, als sich dieses Land im ständig enger werdenden wirtschaftlichen Würgegriff der USA

befindet und seine Führer mehrfach auf der Todesliste der von der US-Regierung ausgehaltenen größten Verbrecherorganisation der Welt, der CIA, stehen. Mehrfach sollten sie von gedungenen Killern der CIA erschossen und vergiftet werden. In einem vom US-Präsidenten Eisenhower absegneten Geheimpapier wurde festgelegt, dem Revolutionsführer Fidel Castro eine Droge ins Essen zu mischen. Der Sicherheitsdirektor der CIA erteilte der Mafia den Auftrag, einen Killer auf Castro anzusetzen. Der CIA-Einsatzleiter für Kuba hatte unabhängig davon, einen weiteren Scharfschützen rekrutiert. Der Mafiakiller Tony Verona erhielt von der CIA Giftpillen, die in Castros Eiswaffel manövriert werden sollten, aber

zuvor von kubanischen Sicherheitskräften aus der Eismaschine geklaut worden waren. Dieser »Held des Freiheitskampfes« wurde vom Präsidenten John F. Kennedy empfangen. Seither haben sich die aggressiven Akte gegen Kuba immens vermehrt.

Als in dieser Situation Politiker der Linken Kuba rieten, einen »Dialog« mit den von der CIA ausgehaltenen Dissidenten zu führen, äußerten viele Mitglieder der GBM gegenüber dem Vorstand ihren Unmut. Die GBM mißbilligt solch ungebeten Rat und erteilt gleichermaßen ungebeten diesen Funktionären den Rat, zur uneingeschränkten Solidarität mit Kuba zurückzufinden.

FW

Der Eintritt in das goldene Bombenzeitalter

Büchel bekommt die modernsten Waffen der westlichen Welt

Kernkraftwerke sind nicht absolut sicher und werden wegen des Restrisikos einer atomaren Zerstörung abgeschafft. Die atomare Zerstörungskraft der einzig zur Explosion bestimmten Atombomben soll hingegen die Bevölkerung schützen, weshalb diese erneuert werden. Das ist nicht die These eines Irren, sondern offizielle Politik der Bundesregierung.

Dabei besteht jetzt die Chance, die in Büchel zum Abwurf bereitgestellten Atombomben loszuwerden. Grundlage bietet dazu der im Juli 2017 von einer Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten angenommene Atomwaffenverbotsvertrag, der, da ihn 51 Staaten ratifiziert haben, am 22. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. Man ahnt es schon, Deutschland, von USA hörigen Politikern geführt, ist ihm nicht beigetreten. Die offizielle Begründung ist genauso irrational wie die eingangs getroffene Feststellung: Aus dem neuen Vertrag ergebe sich eine Nachrangigkeit bestehender Verpflichtungen gegenüber der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. »Aus Sicht der Bundesregierung kann dies zu einer Fragmentierung und realen Schwächung internationaler Abrüstungsbemühungen im nuklearen Bereich führen«. Mit anderen Worten: Deutschland verbietet keine Atomwaffen, da dies die Abrüstung von Atomwaffen behindere. Im Umkehrschluß: Die weitere atomare Aufrüstung dient der atomaren Abrüstung. Genauso



Die F 35 A Lightning II klinkt beim Testflug die Atombombe B61-12 aus.

Photo courtesy of Sandia National Laboratories

verhält sich die Bundesregierung. Dabei setzt sie sich über die Beschlüsse des Parlaments hinweg. Das hatte 2010 gefordert, sich »gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen«. Wenn sich die Exekutive über die Legislative stellt, ist dies keine Demokratie mehr, sondern ein Regime, wie die hiesigen Propagandisten gern unliebe Regierungen bezeichnen. Gegen den Willen des Volkes, das nach einer Umfrage von Greenpe-

ace zu 80 Prozent den Abzug der Atomwaffen fordert, und auch gegen den Auftrag des Parlaments, will die Regierung die in Büchel gelagerten Atomwaffen modernisieren. Ab 1. Oktober soll die Massenproduktion der neuen Atomwaffen beginnen. Was diese neuen Bomben können, zeigen Werbevideos des Herstellers »Sandia National Laboratories«, die auf Facebook aufgerufen werden können. Am 25. August wurde ihr Abwurf von dem mit Tarnkappe gedeckten Mehrzweckkampfflugzeug F 35

A Lightning II getestet. Manager Brian Adkins bezeichnet diesen Erstflug der Bombe als historisch. Im Unterschied zu den schon zuvor erfolgten Tests im März mit dem Jagdbomber F15E Strike Eagle und dem »Geisterbomber« B2 im Juli wurde hier die Rakete aus einem mit Überschall fliegenden Träger abgeworfen. Die neue Bombe namens »B61-12« wird während des Fluges von Steuerraketen stabilisiert und präzise zum Ziel gelenkt. Die neue Bombe wird alle Vorgängertypen ersetzen, da sie für mehrere Aufgaben einsetzbar ist, auch für die Zerstörung gehärteter Kommandobunker. Die maximale Sprengkraft der neuen Bombe beträgt 50 Kilotonnen TNT, was mehr als das Doppelte der auf Nagasaki abgeworfenen Bombe ist. Sie kann aber je nach Einsatzzweck auch schwächer ausgelegt werden.

Es sollen etwa 500 dieser Bomben zum Preis von zehn Milliarden Dollar hergestellt werden, Der italienische Journalist Manlio Dinucci hat errechnet, daß für dieses Geld doppelt soviel Bomben aus reinem Gold hergestellt werden könnten. Die Bundesrepublik steht also dank ihrer Regierung vor einem goldenen Bombenzeitalter.

Die Forderung nach Abzug der Bomben kann im Internet auf der Seite: IALANA Appell – Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – nukleare Aufrüstung Deutschlands stoppen! unterstützt werden. FW

Anmerkung zu einem Nachtrag von Olaf Brühl im »RotFuchs« 1/2021

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD sollten neben anderen Errungenschaften auch die Kunst und Kultur der DDR aus der Welt geschafft werden. Das ist nicht gelungen.

Einen Anteil daran hat auch die GBM, denn bereits in ihrer Gründungssatzung hat sie sich vor nunmehr 30 Jahren die Achtung und Erhaltung von Kunst und Kultur der DDR zur Aufgabe gestellt. Der Dank gebührt vor allem unserem Mitglied Dr. Peter Michel, der seine Kenntnisse und Erfahrungen der GBM zur Verfügung stellt, um mitzuhelfen, die Kunst in dieser

Gesellschaft anzusiedeln und die Künstler selbst zu beheimaten. Dem diente auch bis 2016 die Galerie in der ehemaligen Geschäftsstelle der GBM. Für seinen jahrelangen Einsatz zum Schutz der Kunstwerke und der Künstler aus der DDR hat die GBM Dr. Peter Michel 2015 mit dem Menschenrechtspreis der GBM geehrt.

Mehr noch, in seinem Beitrag »Wege und Irrwege – über den Umgang mit der Kunst aus der DDR« (vorgestellt auf der »Alternativen Einheitsfeier« am 5. Oktober 2020 nachgedruckt im Rotfuchs Nr. 274/20) kann Dr. Peter Michel so-

gar darauf verweisen, daß es Fortschritte in der Betrachtung und Erhaltungswürdigkeit der Kunst der DDR gibt. Diese Bewertung schien dem Autor offensichtlich nicht zu gefallen. Deshalb wurde im oben genannten Artikel der Versuch unternommen, Peter Michels Beitrag aus einem verdrehten Blickwinkel zu betrachten.

Der Vorstand, sicher auch die Mehrzahl der Mitglieder der GBM, aller Freunde und Sympathisanten, teilen die Einschätzung, die Dr. Michel anschaulich dargelegt und bewiesen hat. Wir wünschen ihm Gesundheit und weiterhin Schaf-

fenskraft zum Wohle der Kunst und der Künstler aus der DDR.

Das Motto seiner Anstrengungen charakterisiert er selbst wie folgt: »Den eigenen Blick lassen wir uns nicht nehmen. Die Kunstgeschichte aus 40 Jahren hat – wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – das Recht, ohne ideologische Scheuklappen wahrgenommen, nicht verschwiegen oder verfälscht zu werden. Das haben wir, als Teil der GBM, als unsere Menschenrechtsarbeit begriffen.« Das ist die Grundlage des Erfolges der kulturellen Arbeit der GBM, auf die wir alle stolz ein dürfen.

Frauen sind ganz oben

Eine »stolze« Bilanz der unabhängigen Frauenbewegung

»Frauen sind ganz oben«, triumpierte die unabhängige Frauenbewegung im Wendejahr 1989. Tatsächlich war eine der Gruppen ganz oben in das Dachgeschoß eines Gebäudes im Prenzlauer Berg eingezogen.

Auf die Tagesordnung setzten sie die »wirkliche Gleichberechtigung« der Frau, weil ja, wie seither allenthalben zu lesen ist, die tatsächliche gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR eine ganz andere war, als es von der »SED-Propaganda« dargestellt wurde. Haushaltstag und Babyjahr wären nicht Resultat »wahrer Liebe der Partei« zu den Frauen, sondern dienten nur dazu, jene heimtückisch vom Herd weg in die Produktion zu locken, weil es dort ständig an Arbeitskräften fehlte. Das Recht der Selbstbestimmung über den eigenen Körper wollten die aufbegehrenden Damen von dieser Partei nicht »geschenkt bekommen«, sondern es sich selbst erkämpfen. »Unsere Interessen vertreten wir am besten selbst«, lautete die Losung.

Allzuweit scheinen sie damit in den seither in das Land gegangenen 30 Jahren nicht gekommen zu sein. Abtreibung ist zwar im begrenzten Rahmen möglich, davor steht aber der Kanossagang zu einer Beratung, die die »dummen Weibchen« über sich ergehen lassen müssen, weil ihnen unterstellt wird, sich der Tragweite ihrer Entscheidung nicht bewußt zu sein. Zu den zur Beratung ermächtigten Autoritäten gehören auch Vertreter einer Institution, die wohl als größte Kinderschänderorganisation der Welt in die Geschichte eingehen wird. Verständlich, denn für die perversen Gelüste wird nachhaltiger Nachwuchs gebraucht. Auch in der DDR hatten die Frauen weniger als die Männer verdient, aber für die gleiche Arbeit gab es wenigstens den gleichen Lohn. In der nunmehr »freien und offenen« Gesellschaft darf nicht einmal der Kollege nach seinem Lohn gefragt werden.

Es gibt aber auch »Erfolge«. So ist es dem studierenden Innenausschuß einer Hochschule gelungen, ein Gedicht über Blumen von der Fassade entfernen zu lassen, weil er Blumen als »frauenfeindlich« empfindet. Hure ist nun endlich ein anerkannter Beruf und gilt als Sexarbeit. Es wurde bekannt, daß daraufhin einige Ämter arbeitslose Frauen in die

Branche vermitteln und im Falle der Ablehnung ihnen die Sozialunterstützung »Hartz IV« kürzen wollten. Das paßt, hat sich doch der mit dem Bundesverdienstkreuz dekorierte Namensgeber jener Sozialleistung um die Vermittlung von Huren für den VW-Vorstand verdient gemacht. Der größte »Erfolg« ist gewiß, daß Frauen nach einer Grundgesetzänderung nunmehr auch bewaffnet in der Bundeswehr dienen dürfen. Die Vorstellung, daß sie in der Blüte ihrer Jahre blutüberströmt mit zerschossener Gebärmutter im Stacheldraht liegen und nach Wasser schreien, läßt das Herz eines jeden Frauenrechtlers höher schlagen. In der neu errungenen Welt können sie aber noch viel tiefer sinken als nur in einem Kriegsschiff auf den Meeresgrund.

Im Freudentaumel des Mauerfalls erhofften sich viele »Bürgerrechtler«, daß sich ihnen nun mehr Möglichkeiten eröffnen würden, eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen. Seltsamerweise entdecken viele aus dem Ostblock stammende schöne Frauen solche neuen Formen der Selbstverwirklichung im Pornogeschäft. Eine einschlägige Agentur hat Frauen aus 51 Ländern in ihrem Portefeuille. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl führt dabei Tschechien die Rangfolge der Herkunftsnationen an. Es folgen Lettland und die Ukraine. Die ersten neun Plätze nehmen ausschließlich Frauen aus den früheren sozialistischen Staaten ein. Im Verhältnis zur Bevölkerung stellen die vormals sozialistischen Länder viermal soviel Pornofrauen wie der Rest der Welt. Nach absoluten Zahlen wird die Liste von der Ukraine und Rußland angeführt. Mathematisch kaum noch erfaßbar rangiert das bevölkerungsreichste Land der Welt, China, am Ende der Tabelle. Da verhindert wohl der »kommunistische Terror«, daß die jungen Mädchen von perversen Pornoproduzenten zu strahlendem Lächeln verpflichtet sich viehisch demütigen lassen dürfen.

Schuld sind vermutlich die Primitivität der Ostmenschen, die langjährige Unterdrückung während der kommunistischen Diktatur oder Wladimir Putin persönlich. Vorerst verschonen uns die Umerziehungssender noch mit solchen Parolen. Ihnen sind dafür O-Busse lenkende Frauen eine Repor-



Auf Erotikmessen wie der Venus genießen die Frauen viel Beachtung.



Ohne osteuropäische Darsteller müßte Pierre Woodman, hier mit seinem Harem auf der Erotikmesse »Venus«, seinen Pornoladen schließen. Fotos: Wecker

tage wert. Erstaunt erinnert sich der Ostbürger, daß im Westen die umweltfreundlichen O-Busse und Straßenbahnen abgeschafft wurden. Als sie aber noch die Sektorengrenze zu Westberlin fahrplanmäßig passieren durften, waren es die Westberliner Schupos, die die Frauen von den Führerständen zerren, weil ihnen die Beherrschung dieser Verkehrsmittel nicht zugetraut wurde.

Nunmehr soll der Genderstern für Emanzipation sorgen. Leicht vor-

stellbar, wie mobilisierend der Aufruf eines vom Genderschluckauf beflügelten Neulinken wirken wird: »Arbeitnehmer – Hicks – Innen aller Länder, vereinigt Euch«. Vielleicht ist der auch nur erfunden worden, um wirklich revolutionäre Texte unlesbar zu machen. Damit die Frauen tatsächlich ganz nach oben kommen, sollte schleunigst der Genderstern wieder durch einen roten Stern ersetzt werden.

FW

Für Wasser muß man kämpfen

Der Raub des Kapitals am wichtigsten Lebensmittel

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel auf der Erde. Alles Leben ist aus dem Wasser entstanden, und alles Leben hängt vom Wasser ab. Zu 70 Prozent ist für die Herstellung der Lebensmittel Wasser nötig. Am 28. Juli 2010 erhob die UNO den Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Sanitärversorgung zum Menschenrecht, »... das unverzichtbar für den vollen Lebensgenuß und sämtliche Menschenrechte ist«.

Auffällig ist, daß solche großen Verfechter der Menschenrechte wie die USA, Großbritannien und Kanada versuchten, die Resolution zu verhindern und sich mit einigen ihrer Vasallen der Stimme enthielten. Menschenrechte spielen für die USA offensichtlich nur dort eine Rolle, wo sie für die Durchsetzung ihrer Interessen instrumentalisiert werden können. Da wird gegebenenfalls auch Krieg geführt. Kriege um Wasser wären keine Neuheit.

Der Anspruch auf Wasser wurde so spät zum Menschenrecht, weil erst in der jüngsten Zeit das vom Himmel auf die Erde regnende Naß ein knappes Gut geworden ist. Die ersten, die das merkten, waren die Bewohner des trockensten Kontinents, die Australier. In der wiederum trockensten Stadt dieses Kontinents, Adelaide, kam ein Wirtschaftsprofessor auf die Idee, mit dieser immer knapper werdenden Ressource Handel zu treiben. Es wurde eine Wasserbörse gegründet. Die Investmentbanker und die Grünen waren begeistert. »Wasser wird endlich wertgeschätzt«, sagten die letzteren, »das wird zu einem sorgsamem Umgang mit dieser kostbaren Ressource führen«, während die ersteren 25 Prozent Rendite aus dem Wasserhandel zogen. Weniger begeistert waren die Bauern, deren Höfe reihenweise pleite gingen, weil plötzlich die Wasserressourcen wertvoller als der Boden, Viehbestand und die Ernte zusammen wurden. Innerhalb von fünf Monaten hatte sich der Wasserpreis mehr als verdoppelt: Von 320 Australischen Dollar stieg er auf 700.

Die gleiche Idee wurde dann in Kalifornien von den gleichen Bundesgenossen verfolgt. Der 130 Kilometer lange All-American-Canal, der die Großstädte mit Trinkwasser versorgt, verwandelte sich in eine Goldader. Seit Dezember



In der Schaltwarte des Wasserwerkes Beelitzhof wird die gesamte Trinkwasserversorgung Berlins gesteuert. Foto: Wecker

2020 wird auch an der Chicagoer Börse mit Wasserrechten gehandelt. In Europa wurde das Wasser zunächst in der Vorreiterstadt des Neoliberalismus, London, privatisiert. Das betraf 1989 die gesamte Wasserversorgung der Stadt. Effekt war, daß 11 000 Londoner Haushalte die Wasserhähne gesperrt wurden, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Bei den »Investoren« verschwanden innerhalb eines Jahres drei Milliarden Euro auf Privatkonten. Solche profitablen Ideen sind auch in Deutschland willkommen. Der aus einer Großen Koalition von Sozial- und Christdemokraten gebildete Berliner Senat verkaufte die Berliner Wasserbetriebe, das größte Kommunalunternehmen Deutschlands. Dieser Verkauf mußte wieder zurückgenommen werden, was die Bürgerinitiative »Berliner Wassertisch« durchgesetzt hatte. Eigentlich hatte sie »nur« durchgesetzt, daß die Verträge offengelegt werden mußten, ein Tabu, hinter dem solche Geschäfte bislang ungestraft gemauschelt werden konnten. Der Rückkauf wurde von einem aus SPD und PDS gebildeten Senat vorgenommen, wobei der Linke Wirtschaftssenator Harald Wolf eher das Verfahren bremste, als es zügig durchzuführen. Noch

heute zahlen die Berliner eine aus diesem Geschäft resultierende verdeckte Wassersteuer, und mit dem Vorstandsvorsitzenden Jörg Simon hat der Konzern Veolia immer noch einen Fuß in der Tür.

Durch solche Niederlagen lassen sich die Konzerne nicht entmutigen. Ihr Weitblick sagt ihnen, daß sich mit wachsender Weltbevölkerung und Konzentration der Menschen in Großstädten der Bedarf an der unersetzbaren Ressource Wasser erhöhen wird. Sie sehen, daß das Jahrhundert, wo das Öl den Reichtum brachte, vergangen ist, und an seine Stelle das Wasser treten wird. 2050, so haben sie es errechnet, werden australische oder kalifornische Verhältnisse auf der ganzen Welt herrschen. Da heißt es, sich rechtzeitig in Stellung zu bringen. Die Pfiffigsten unter ihnen, die Manager von Veolia und Suez haben sich schon mal die Hälfte der privat zur Verfügung stehenden Wasserressourcen gesichert. Aber noch befindet sich weltweit die Trinkwasserversorgung zu 90 Prozent in öffentlicher Hand. Das soll nun schleunigst geändert werden. Zuerst durften die Bewohner Südosteuropas erfahren, daß sie für die Fehlspekulationen der Privatbanken zu haften haben. Wenn sie nicht zahlen können, so forderte es

eine Troika aus Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und EU-Kommission, können sie doch ihre öffentliche Infrastruktur samt Wasserversorgung verkaufen.

Ein anderer Weg wird wie in Berlin und London mit der Überzeugung von Politikern beschränkt. Das zeitigt manchmal recht schnelle Erfolge, die den Verdacht der Korruption nahe legen. Aber solche üblen Verdächtigungen werden schnell mit dem Hinweis auf entstehende Arbeitsplätze sowie großzügige Spenden und Sozialleistungen der Investoren aus dem Weg geräumt. Gegenwärtig erweist sich gerade Coca Cola in Lüneburg als solch ein Wohltäter. Im US-Staat Maine haben die Bürger gleiche Wohltaten des Konzerns Nestle entschieden zurückgewiesen, obwohl der Konzern behauptet, daß sein nunmehr in Flaschen abgefülltes Wasser viel gesünder sei. Es ist aber das gleiche Wasser, das er zuvor in der Größenordnung von vier Milliarden Litern kostenlos aus dem Boden gepumpt hatte. Die Bürger glaubten nicht, und Nestle mußte abziehen.

Solchem Szenario wollte der US-Konzern Bechtel in Bolivien, dem Land das die UN-Resolution auf das Menschenrecht an Wasser eingebracht hatte, vorbeugen.

Wozu soviel Propagandaaufwand und Bestechungsversuche. Hier sollte das Militär Recht und Gesetz auf Maximalprofit durchsetzen.

2000 wurde die Regierung Boliviens von der Weltbank genötigt, eine bis 2039 geltende Wasserkonzession für die drittgrößte Stadt Cochabamba an den US-Konzern Bechtel zu verkaufen. Andernfalls würde das Land keine Kredite mehr erhalten. Die Regierung fügte sich, und sofort stieg der Wasserpreis um 30 bis 300 Prozent. Die Haushalte hatten plötzlich ein Viertel ihres Einkommens für Wasser aufzuwenden. Um keinesfalls den Konzerngewinn zu schmälern, wurde den Menschen dazu verboten, Trinkwasser in Zisternen aufzufangen. Als sich die Leute das nicht gefallen ließen, gingen Polizei und Militär mit brutaler Gewalt und Scharfschützen gegen die protestierende Bevölkerung vor. Sechs Menschen wurden erschossen, darunter der erst 16-jährige Victor Hugo Daza. 30 Frauen und Jugendliche wurden von den Scharfschützen verletzt. Die Sprecher der Protestbewegung und Gewerkschafter wurden reihenweise verhaftet. Als dennoch die Proteste nicht nachließen, zogen sich die

Polizei und das Militär zurück und die Privatisierung wurde zurückgenommen. »Das Wasser muß man verteidigen. Für Wasser muß man kämpfen«, sagte eine der Frauen, die sich mutig den Polizisten entgegenstellte. Oscar Olivera von der örtlichen Koalition zur Verteidigung des Wassers meint: »Ich glaube, die Weltbank hat Bolivien als kleines Testlabor betrachtet.« In Südosteuropa ging die Weltbank nach diesem Test behutsamer und mit längerem Atem vor. Zunächst wurden sozialdemokratische Politiker eingekauft, die mit verlogenen Wahlversprechungen in die Regierung gelangten und von dort aus nach »Recht und Gesetz« die Forderung der Troika erfüllten. Auch dem Berliner Wassertisch ist bewußt, wie brüchig die einmal erzielten Erfolge sind. Er hat deshalb eine Berliner Wassercharta verabschiedet, die beim Senat Zustimmung fand. Darin heißt es »Die Berliner Wasserbetriebe bleiben dauerhaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vollständig im Eigentum des Landes und werden kommunalrechtlich geführt. Es darf keine Privatisierung bzw. Teilprivatisierung der Trinkwasserversorgung ... geben, auch nicht im Rahmen so-



Frischwasserbecken im Wasserwerk Beelitzhof.

Foto: Wecker

genannter öffentlich-privater Partnerschaften ...«. Berlin hat sich am 22.3.2018 durch Beschluß des Abgeordnetenhauses auf die Grundsätze einer »Blue Community« verpflichtet, die die Anerkennung von Wasser als Menschenrecht und den Erhalt des Wassers als öffentliches Gut beinhaltet. Dennoch ist dem Frieden nicht zu trauen. Der Senat

hat sich häufig zum Schaden der Berliner vor dem Neoliberalismus verneigt: Beim Verkauf der großen Berliner Wohnungsbaugesellschaften, der Schließung von Krankenhäusern, der Privatisierung der Wasserbetriebe, jüngst der Privatisierung der Schulen und aktuell dem Verkauf der Berliner S-Bahn. FW

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats März 2021.



zum 98. Geburtstag

Prof. Dr. Bernhard Groche, Wandlitz
Prof. Dr. Helmut Lilie, Bernau

zum 96. Geburtstag

Dr. Hans Reichelt, Schöneiche
Edith Sande, Berlin

zum 95. Geburtstag

Fred Buchwald, Berlin

zum 94. Geburtstag

Wolfgang Bluhm, Berlin
Horst Kaminsky, Berlin
Walter Krutzsch, Berlin

zum 93. Geburtstag

Walter Behn, Schwerin
Eva Brüggmann, Berlin
Heinz Hähle, Stollberg
Dr. Hella Müller, Berlin
Dr. Klaus Posseldt, Potsdam
Horst Weihmann, Schwerin

zum 92. Geburtstag

Sonja Brendel, Berlin
Senta Dörrer, Dresden
Hans Feindt, Leipzig
Kurt Konradt, Berlin
Edeltraud Leuthold, Arnstadt
Renate Seidowsky, Berlin
Anna Seitz, Berlin
Prof. Dr. Hans Steußloff, Berlin
Günther Tönnies, Hoppegarten

zum 91. Geburtstag

Johannes Friedrich, Zwickau
Rudi Gaede, Berlin
Prof. Dr. Erich Hahn, Berlin
Wolfgang Klaus, Frankfurt/Oder
Heinz Koch, Leipzig
Horst Leinkauf, Berlin
Rainer Michel, Dresden
Irma Pflügner, Luisenthal

zum 90. Geburtstag

Günter Gläser, Dresden

Walli Hammer, Berlin
Ruth Kartschall, Spremberg
Erich Keindorf, Berlin
Dr. Erhard Kranz, Berlin
Jürgen Schewe, Berlin
Dr. Lieselotte Schramm, Berlin
Helga Tönnies, Hoppegarten

zum 89. Geburtstag

Lothar Kunke, Halle/Saale
Hans-Joachim Müller, Berlin
Rolf Prautzsch, Halle/Saale
Sonja Scheuten, Erfurt
Dr. Erika Süß, Berlin
Gerhard Treutler, Falkensee

zum 88. Geburtstag

Egon Bergmann, Fichtenwalde
Irene Brunner, Berlin
Dr. Gerhard Feldbauer, Künzel
Lieselotte Hajda, Erfurt
Dr. Hannelore Lehmann, Potsdam
Christa Wiesel, Berlin

zum 87. Geburtstag

Kurt Beyerlein, Berlin
Dr. Ilse Böbel, Rüdersdorf
Annelies Koch, Frankfurt/Oder

zum 86. Geburtstag

Margot Becker, Frankfurt/Oder
Ingeborg Fryda, Magdeburg
Ingrid Mattausch, Berlin

zum 85. Geburtstag

Isolde Goldmann, Altenburg
Gert Julius, Berlin
Dr. Jochen Kratzke, Berlin
Helmut Schieferdecker, Berlin
Rolf Voigtsberger, Zeitz
Jutta Wiesemann, Erfurt

zum 80. Geburtstag

Dieter Plöger, Halle/Saale



Frühlingsfeste und Frauentag

GBM feiert 100 Jahre Internationaler Frauentag

Für den Frauentag 2021 hatten wir uns etwas Besonderes vorgenommen, denn in diesem Jahr begehen am 8. März zum 100. Mal die Frauen weltweit den Internationalen Frauentag. Bereits am 19. März 1911 waren auf Initiative von Clara Zetkin in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz und in den USA die Frauen für ihre Rechte auf die Straße gegangen. Clara Zetkin forderte damals »keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte für alle Frauen«.

Die politischen Forderungen sind noch heute aktuell. Längst gibt es keine Gleichberechtigung, obwohl dieses Recht bereits 1948 im Grundgesetz verankert wurde. Heute ist man in Deutschland stolz darauf, daß die Frauen nicht mehr die Zustimmung des Ehemannes einholen müssen, wenn sie arbeiten wollen. Viele Frauen in der DDR wußten gar nicht, daß solche Bestimmungen in Westdeutschland noch bis in die 1960er Jahre gültig waren. Heute wissen aber auch viele Menschen nicht, was in der DDR ein »Haushaltstag« war.

Der Arbeitskreis wollte diesen Tag gemeinsam mit der Künstlerin Jennipher Antoni im Beelitzer Jakobshof feiern, doch leider macht die Corona-Pandemie solche Begegnungen unmöglich. Wir sind optimistisch, daß wir diese Veranstaltung bald nachholen können.

Es ist eine schöne Tradition, daß wir uns immer im Frühjahr zu unseren ersten Aktivitäten getroffen haben. Neben Ausflügen in reizvolle Gegenden gehörten stets Begegnungen mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport dazu. Wichtig waren die Gespräche mit unseren Freunden ebenso wie Musik und Tanz.

An einige der schönsten Veranstaltungen sei hier erinnert:

Im Frühjahr 2004 begrüßten wir im Spreewald Juana Martinez Gonzalez, Botschaftsrat an der Vertretung Kubas in Deutschland, die uns über die Situation der »Miami-Five« informierte, der fünf Kubaner, die in den USA zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Ihre »Straftat«: Sie verhinderten in Kuba geplante terroristische Attentate. Mit großer Freude begrüßten wir damals auch Egon Krenz, der sich für die Solidarität bedankte, die ihm viele Bürger während seiner Haft zuteil werden ließen.



Otto Mellies zu Gast bei einer Frauentagsfeier der GBM.

Foto: A. Becker

Mit dem Kahn erkundeten wir die Spreearme und unser »Spreewaldmädel« Eva ertrug es mit Charme und Geduld, als sie wie eine echte Sorbin mit viel Spitze und farbenprächtigen Röcken eingekleidet – eher »ingenadelt« – wurde. Mit Begeisterung fuhren wir Ende Februar 2009 zu den »Kindern von Golzow«. In dieser Oderbruchgemeinde entstand seit 1961 die älteste Dokumentarfilmchronik der Welt. Jeder von uns hatte diese Filme gesehen. Am Treffen nahmen nicht nur die beiden Filmemacher Barbara und Winfried Junge teil, es waren auch neun der »Golzower Kinder« aus allen Himmelsrichtungen gekommen und freuten sich über das unverhoffte Klassentreffen und darüber, wie interessiert nach wie vor viele Menschen an diesen Filmen sind.

Seit 2012 nennen wir unser Frühlingstreffen offiziell »Frauentagsfeier«. Die erste führte uns ins Schloß Königs Wusterhausen und nach Motzen; da kam zum ersten Mal die Weltmeisterin im Eiskunlauf Christine Stüber-Errath zu uns und faszinierte mit spannenden Berichten über ihre Eislauf-Karriere.

Ein besonderes Erlebnis war 2015 die Begegnung mit dem Schauspieler Otto Mellies im gläsernen Botanikum des Hotels Döllnsee-Schorfheide. Wir erinnerten uns an seine unvergeßlichen Rollen als »Nathan der Weise« und »Dr. Schlüter«, der zu einem wahren »Straßenfeger« wurde. Otto Mellies machte deutlich, daß er sich immer für die aktuelle Politik interessiert hat. Seine Jugend war vom Faschismus geprägt. Er werde nie vergessen,

wie die Menschen damals zum Haß gegen die Russen erzogen wurden. Eben, weil er das nicht aus seiner Erinnerung streichen kann, sehe er es als sehr bedrohlich an, daß heute die Medien schon wieder Rußland vorverurteilen. Durch solchen Haß und die Lügen über die Russen hatte er auf den Tag genau vor 70 Jahren fünf Angehörige seiner Familie verloren. Mit kraftvoller Stimme erzählte er über sein Leben, das von vielen Zufällen geprägt wurde, auch daß er 1945 fast in eine Schule nach Moskau gekommen wäre und dann vielleicht am Moskauer Theater gespielt hätte.

Mit großer Freude begrüßten wir 2017 in unserer Runde eine Frau, die ihr Leben der Sicherung des Friedens verschrieben hat. Zu uns kam Gabriele Gast, die in ihrem Buch »Kundschafterin des Friedens« über ihre 17jährige Tätigkeit als Topspionin der DDR beim BND berichtete. Bescheiden erzählte sie von ihren Beweggründen, für die DDR zu arbeiten. In ihrer Dissertation hatte sie sich mit der Rolle der Frauen in der DDR befaßt und die Unterschiede in puncto Gleichberechtigung zwischen Ost und West erkannt. Die von ihr mitgebrachten Bücher waren im Nu vergriffen. Jeder war bemüht, ein Autogramm von dieser mutigen, klugen Frau zu bekommen. Auch Täve Schur, ließ es sich nicht nehmen, an diesem Tag zu kommen. Er erinnerte daran, daß durch die Friedensfahrt ein Zeichen für ein friedliches Miteinander der Völker gesetzt werden sollte. Daran müssen wir heute denken, denn es werden wieder Kriege mit deutscher Beteiligung geführt. Täve

gab uns mit auf den Weg: »Haltet in Solidarität zusammen und vergeßt nicht, euch zu bewegen!«

In diesem Sinne – halten wir zusammen und freuen uns auf baldige Begegnungen mit unseren Freunden und Sympathisanten aus der GBM, der GRH, der ISOR, dem »RotFuchs« Förderverein und dem Freundeskreis der Sportsenioren.

Dr. Anne-Katrin Becker

Die nächsten Termine des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen

Voraussichtlich am Mittwoch, 26. Mai, wird die Tagesfahrt auf den Jakobshof Beelitz (ursprünglich die Frauentagsfahrt) nachgeholt. Programm: »Heitere Geschichten vom Älterwerden« mit Jennipher Antoni, Gespräch mit dem Rennschlittensportler Thomas Köhler, Mittagessen, Tanz, Preis pro Person: ca. 65 Euro. Die Anmeldung ist ab sofort möglich.

Die nächsten Reisesprechstunden in der Geschäftsstelle der GBM im Bürogebäude am Franz-Mehring-Platz 1, Raum 316, in 10243 Berlin finden an den Dienstagen 9. März, 6. April und 4. Mai jeweils von 10 bis 12 Uhr statt. Um Anmeldung wird gebeten.

Wer hat Lust zu Wandern? Am Donnerstag, 22. April, lädt der Arbeitskreis zu einer Wanderung am Straussee ein. Treffpunkt ist um 10.30 Uhr an der Fähre Strausberg (Stadtseite). Die Tour beträgt etwa fünf bis sechs Kilometer. Bitte anmelden! Die Teilnahme ist kostenlos. Wenn dieses Angebot Zuspruch findet, soll künftig monatlich zu einer Wanderung eingeladen werden, wobei Start und Ziel mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Anmeldung und weitere Informationen bei: Dr. Carola Weiß, Tel.-Nr. 0173-6102512 und/oder per E-Mail: gbm.dr.weiss@gmail.com. Bleiben Sie gesund, wir freuen uns auf Sie!

Gefahr für den Rüdenhof

Die Moritzburger Käthe-Kollwitz-Gedenkstätte muß bestehenbleiben.

Kaiser Wilhelm II. bezeichnete ihre Arbeiten als »Rinnsteinkunst«. Die Nazis vertrieben sie – wie auch Max Liebermann – aus der Preußischen Akademie der Künste und nannten ihre Werke »entartet«. In den Jahren der Formalismus-Debatte in der frühen DDR mußten erst Bertolt Brecht, Anna Seghers, Otto Nagel und andere dafür sorgen, daß engstirnige, unqualifizierte Vorwürfe gegen sie und ihr Schaffen entkräftet wurden. Schulen, Straßen und Parks in ganz Deutschland tragen jetzt ihren Namen. Erst am 29. Mai 2019 wurde im Innenraum der Walhalla über der Donau eine Porträtbüste dieser großartigen, weltbekannten Künstlerin aufgestellt, geschaffen vom Bildhauer Uwe Spiekermann. Wir haben zwar nun eine hochgelobte »freiheitliche Demokratie«. Doch in ihrem Fahrwasser konnten sich völkische, neonazistische und dumpf provinzielle Denk- und Handlungsweisen – auch in bezug auf Käthe Kollwitz – erneut breit machen. Nun ist es leider wieder notwendig, auf einen Vorgang hinzuweisen, der jeden Vernunftbegabten aufstört. Im sächsischen Moritzburg gibt es den zum Schloß gehörenden Rüdenhof, in dem Käthe Kollwitz auf der Flucht vor den Bombenangriffen auf Berlin und Nordhausen die letzten neun Monate ihres Lebens verbrachte und wo sie am 22. April 1945 starb. Bereits zu DDR-Zeiten befand sich dort seit 1951 eine

Gedenkstätte. Vor 25 Jahren wurde dieses Gebäude zum Museum, das vom Kollwitz-Museum Köln unterstützt, von einem Freundeskreis, einem Stiftungsbeirat und einem Kreis von Förderern aufrechterhalten wird. Das geschieht mit viel Enthusiasmus und Selbstaufopferung, da die öffentliche Förderung immer spärlicher wird. Auch künftig sollen Fördergelder stark reduziert bzw. gestrichen werden. Dann gibt es keine Möglichkeit mehr, diesen Kunst- und Kulturort vor einer drohenden Schließung zu bewahren.

Der Rüdenhof ist die einzige authentische Einrichtung, die an Käthe Kollwitz erinnert; ihr Geburtshaus in Königsberg (heute Kaliningrad) und ihr Berliner Wohnhaus in der Weißenburger Straße (heute Kollwitzstraße) wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört. Die Gemeinde Moritzburg kann stolz darauf sein, einen solchen Gedenkort zu besitzen, in dem originale Lithographien, Kohlezeichnungen, Radierungen und Plastiken zu erleben sind, wo man das Sterbezimmer besichtigen kann, wo Sonderausstellungen und Veranstaltungen stattfinden und wo im Sinne von Käthe Kollwitz auch mit Kindern gearbeitet wird. Gegenwärtig ist dieses Museum coronabedingt geschlossen – wie andere Museen auch.

Doch es gibt Kräfte im Gemeinderat, die eine endgültige Schließung

anstreben. Erst vor zwei Monaten fand dort eine Beratung statt, an der auch zwei Vertreterinnen des Freundeskreises teilnahmen. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeit des Kollwitz-Hauses von einigen Mitgliedern dieses Gremiums wenig wertgeschätzt wird. Es gibt Menschen, denen die Bedeutung als einzigartige Gedenkstätte an das Leben und Werk dieser großen Künstlerin nicht bewußt ist. Einer von ihnen, ein christdemokratischer Akademiker, argumentierte, Käthe Kollwitz sei keine Moritzburgerin gewesen und deshalb sei diese Einrichtung nicht förderungswürdig. Damit befindet er sich auf einer Linie mit der örtlichen AfD. Provinzialismus macht sich breit. Wenn er sich durchsetzt, wäre das eine Schande für die deutsche Kultur. Der Freistaat Sachsen ist in seiner Kulturverantwortung gefordert. Man kann die Erhaltung des Kollwitz-Hauses nicht allein der Gemeinde Moritzburg und dem Kulturraum »Meißen – Sächsische Schweiz – Osterzgebirge« überlassen.

Für eine offene Internet-Petition (eröffnet am 26. November 2020) zum Erhalt der Käthe-Kollwitz-Gedenkstätte gibt es bis jetzt etwa 4 800 Unterstützer aus ganz Deutschland und dem Ausland. Das reicht nicht. 12 000 müssen es werden! Jeder ist aufgerufen, sich dort mit seiner Unterschrift, einem Kommentar und eventuell

mit einer Spende zu beteiligen. Das Zeichnungsende wurde erst kürzlich auf den 30. März 2021 neu festgelegt. Anfang März gab es ein Gespräch mit der Sächsischen Staatsministerin für Kultur und Tourismus, Barbara Klepsch. Wie es im Moment scheint, ist die Existenz der Gedenkstätte erst einmal bis Ende 2021 gesichert. Doch das ist keine Garantie dafür, daß sie als einzigartiges Mahnmahl auch künftig erhalten bleibt.

Es ist immer wieder einmal davon die Rede, Käthe Kollwitz sei von der DDR »vereinnahmt« worden. Auch wenn ständig versucht wird, den Umgang der DDR mit dem Erbe von Käthe Kollwitz herabzuwürdigen und politisch zu mißbrauchen, bleibt doch ein Eintrag in ihrem Tagebuch, der nicht relativiert werden kann: »Das eigentliche Motiv aber, warum ich ... zur Darstellung fast nur das Arbeiterleben wählte, war, weil die aus dieser Sphäre gewählten Motive mir einfach bedingungslos das gaben, was ich als schön empfand. ... Ohne jeden Reiz waren mir Menschen aus dem bürgerlichen Leben. Das ganze bürgerliche Leben erschien mir pedantisch. Dagegen einen großen Wurf hatte das Proletariat.«

In diesem Sinn engagieren wir uns für den Erhalt des Rüdenhofes als Käthe-Kollwitz-Gedenkstätte!

Peter Michel



Das Käthe-Kollwitz-Museum Rüdenhof in Moritzburg. Foto: Annegret Michel



Käthe Kollwitz. Foto: privat

Spenden


8 Mitglieder überwiesen im Februar 2021 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1. Zeile):
Spende

Verwendungszweck (2. Zeile):
St.-Nr. 27/666/53250

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Franz-Mehring-Platz 1, Raum 316
10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
Tel.: 030 2978-4688
Fax: 030 2978-4689
E-Mail: gbmev@t-online.de
Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX

Erscheinungsweise
monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
Redaktion: Dr. Frank Wecker (FW)

Redaktionsschluss

23. Februar 2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe

26. März 2021

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 2978-2900

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Das Redaktionskollektiv, dem Helga Bornstädt, Gerlind Jäkel, Horst Jäkel (Leitung), Christa Kikels und Hans-Jürgen Westphal angehören, hat den 14. Band zum Leben in der DDR hergestellt. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Bänden ist dieser nicht im GNN-Verlag erschienen, sondern bei »medienspunkt-potsdam GbR«, einem Zusammenschluß freiberuflicher Journalisten. Dieses Buch soll hier nicht rezensiert, sondern zum Lesen empfohlen werden.

Mehr als 60 Autoren haben unter dem Titel »DDR – unser Erbe« ihre Erlebnisse, Betrachtungen und Erkenntnisse geschildert. Angereichert wird der fast 500 Seiten umfassende Band mit Dokumenten und zahlreichen Illustrationen. Im Klappentext heißt es: »Dieses Buch ist für alle lesenswert, die erfahren wollen, wer die vielen in der DDR waren, die sich in den unterschiedlichen Lebenssituationen mit ihrer ganzen Kraft, mit viel Begeisterung und Elan für den Aufbau einer besseren, sozialen, friedlichen Gesellschaft in Deutschland einsetzten. ... Es wird über Krisen, Truppenstärke und ›Schwarzkünstler‹ in der NVA berichtet, über elektronische Datenverarbeitung in der Forstwirtschaft, über die LKW-Produktion in Ludwigsfelde, über Heimatforscher mit dem Spaten ...«.

Viele der authentischen Geschichten, ob sachlich oder persönlich gefärbt, berühren mich, weil ich beim Lesen feststellte, daß ich vieles aus Gesprächen kannte und manches mir auch hätte widerfahren können. Ergreifend sind der Rückblick der fast 90jährigen Ursula Münch auf ihr bewegtes Leben, auf ihre Sicht der Ereignisse um den 17. Juni 1953 und ihre

Erlebnisse in den »Wende«-Jahren 1989/90, besonders wenn diese Erinnerungen mit den Interpretationen in den heutigen Medien verglichen werden. Anregend sind die Beiträge von Rudolf Denner, Dr. Peter Michel und des im vorigen Jahr verstorbenen Schauspielers Ernst-Georg Schwill zur Architektur und Kultur, wie auch die Beiträge über Bertolt Brecht (Dr. Frank Wecker), Alfred Wellm (Walter Krüger) und Friedrich Wolf (Rudi Kurz). Aufschlußreich sind die Berichte über die NVA von Raimon Brete, Michael Brix und Joachim Kutschmann.

Persönlich hat mich der Beitrag von Elisabeth Dietze über den DFD, den Frauenbund der DDR, sehr bewegt. Hier wird Tamara Bunke erwähnt, die an der Seite von Che Guevara in Bolivien im Kampf für ihre sozialistischen Ziele den Tod fand. Mit ihrem Vater, Erich Bunke, hatte ich beim Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte zusammengearbeitet. Meinem Mitkämpfer im Bundesvorstand, Horst Jäkel, Menschenrechtsspreisträger der GBM, und dem Redaktionskollektiv ist zu danken, daß es sich schon seit vielen Jahren der Dokumentation des Lebens in der DDR widmet. Dieser Band kom-

plettiert die Dokumentation und ist all jenen zu empfehlen, die aus be-rufenem Munde etwas über das Le-ben in der DDR erfahren möchten. Gern hätte ich auch etwas mehr über die Autoren erfahren. Ebenso würde ein Register der erwähnten Personen und Orte der Publikation gut zu Gesicht stehen.

Jörg Pauly

Jäkel, Horst (Hg): DDR – unser Erbe.
Potsdam 2020. 480 S. 19 Euro.
ISBN: 978-3-00-066688-9.

Weitere Stimmen

Diese Erinnerungen sind wichtig für die objektive Geschichte des Sozialismus. Ich bin überzeugt, sie werden Material nicht nur für Historiker sein, sondern auch für die nächsten Generationen.

Prof. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Vielen Dank für das Buch »DDR – unser Erbe«. Eine verdienstvolle Stimme.

Daniela Dahn Berlin

Die Erinnerungen sind stark, was die Alltagsgeschichte der DDR angeht.
Siegfried Prokop, Berlin

Das Leben in der DDR

14. Band der Dokumentationsreihe ist erschienen

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Susi Barthel
Berlin

Ortrud Georgy
Berlin

Gisela Gold
Cottbus

Reimar Künzel
Potsdam

Eberhard Lehmann
Chemnitz

Dr. Walter Michel
Berlin

Irmgard Vogler
Pößneck

Sigurd Wiesemann
Erfurt

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.